

# Die Währungsreform 1948 – oder die „Entnazifizierung des Geldes“

In der Stuttgarter Rundschau war im Juni 1948 zu lesen, dass die Entnazifizierung nahezu abgeschlossen sei. Lediglich im Bereich des Geldes sei sie bislang noch nicht erfolgt. Für die drei Westzonen kam dieser Tag X am 20. Juni 1948. Er sollte im Bewusstsein der Menschen ein einschneidender Tag werden. Mit ihm ist das geldpolitische Ende des Dritten Reichs, der wirtschaftliche Aufstieg der späteren Bundesrepublik Deutschland und der sichtbare Beginn der deutschen Teilung verbunden – und für jeden Einzelnen wahrnehmbar: das allmähliche Ende der Rationierung für die Güter des täglichen Bedarfs.

Die Notwendigkeit der Reform lag in der nationalsozialistischen Wirtschaftspolitik begründet. Schon wenige Tage nach dem Regierungsantritt gab Adolf Hitler in einer Kabinettsitzung am 8. Februar 1933 der *Wiederwehrhaftmachung* Deutschlands höchste Priorität. Anfangs konnte die verdeckte Aufrüstung noch ohne große geldpolitische Folgen finanziert werden. Aber der Übergang zur offenen Aufrüstung mit der kostenintensiven Einführung der allgemeinen Wehrpflicht, dem Bau schwerer Waffen für das Heer und dem Aufbau von Luftwaffe und Marine erforderte immense finanzielle Mittel. Diese wurden einerseits offen am Kapitalmarkt beschafft, aber auch verschleiert mithilfe von Reichsbank und Kreditinstituten. Dafür wurde ein Tarnunternehmen gegründet, die Mefo. Sie beglich ihre Verbindlichkeiten durch reichsbankfähige Wechsel, die bei den Kreditinstituten diskontiert werden konnten. Die Reichsbank erhöhte damit den Bargeldumlauf. Ergänzt wurde dieses Finanzierungsinstrument durch kurzfristige Schuldverschreibungen. Eine derart expansive Geldpolitik bedeutet Inflation. Diese musste aber vor dem Hintergrund, dass die Hyperinflation des Jahres 1923 großen Teilen der Bevölkerung die Er-

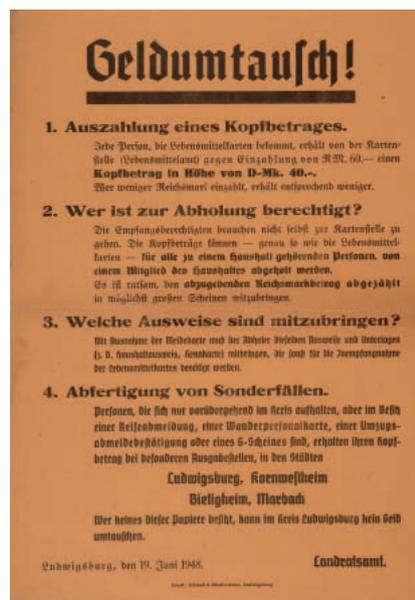
sparnisse geraubt hatte, aus politischen Gründen unter allen Umständen verdeckt werden. So entschloss sich die Regierung 1936, die Preise einzufrieren und einen Preisstopp zu verhängen. Auf diese Weise konnte eine offene Geldentwertung vermieden werden. Es entstand aber eine zurückgestaute Inflation. Das heißt es waren zwar genügend Barmittel und Sparguthaben vorhanden, sie waren aber dem Umlauf weitgehend entzogen, weil nicht in ausreichendem Maß Konsumgüter vorhanden waren. Dies war auch eine Folge der Umschichtung der Produktion in den Investitionsgüterbereich.

Mit dem Ausbruch des Kriegs verschärfte sich die Situation. Das Regime bediente sich zur Kriegsfinanzierung der Notenpresse und erhöhte erneut die Geldmenge. Ferner wurde der Preisstopp durch eine Bewirtschaftung nahezu aller Güter ergänzt. Die produzierten Güter

konnten lediglich bei Vorliegen einer Bezugsberechtigung an die Käufer abgegeben werden. Die Wirtschaft konnte auch kein Interesse daran haben, knappe Güter gegen im Überfluss vorhandenes Geld einzutauschen. Deshalb lagerten bei Kriegsende in unzerstörten Unternehmen teilweise beträchtliche Rohstoffvorräte.

Dies war die Ausgangslage, die die Alliierten bei ihrem Einmarsch vorfanden. Ihre allgemeinen politischen Ziele hatten sie auf verschiedenen Konferenzen formuliert. Bezogen auf das Bankenwesen bedeutete dies vor allem *Dezentralisierung*. Die Sowjets lösten die Reichsbank in Berlin auf und organisierten das Bankenwesen nach sozialistischen Gesichtspunkten. Amerikaner, Briten und Franzosen ließen in ihren Zonen den Bankenapparat zunächst weitgehend bestehen und warteten ab, welche Ergebnisse die Beratungen im Finanzdirektorat des Alliierten Kontrollrats bringen würden. Im Herbst 1946 erhielten die Militärgouverneure freie Hand. Sie konnten nun entscheiden, wie das Bankensystem in ihrer Zone aussehen sollte.

Drängender als die Neuordnung des Bankensystems waren für die Alliierten die sonstigen wirtschaftlichen Probleme in Deutschland. Millionen von Flüchtlingen aus den Ostgebieten mussten ebenso versorgt werden wie die zahlreichen Verwundeten. Es fehlten vor allem junge Arbeitskräfte, da sich die Fremdarbeiter wieder in ihre Heimat begaben und sich noch Hunderttausende junger deutscher Soldaten in Kriegsgefangenschaft befanden. Die Produktion fiel auf fast die Hälfte des Vorkriegsniveaus zurück. Die Ernährungslage war fatal. Aus diesen Gründen behielten die Alliierten das Bewirtschaftungssystem und die Preisregulierung bei und stellten die Neuordnung der Währung zurück. Lebensmittelmarken regelten die Zuteilung von Nahrungsmitteln auf niedri-



Plakat vom 20. Juni 1948 zur Auszahlung der Kopfquote.

Vorlage: Landesarchiv StAL FL 612/12 Bü. 27

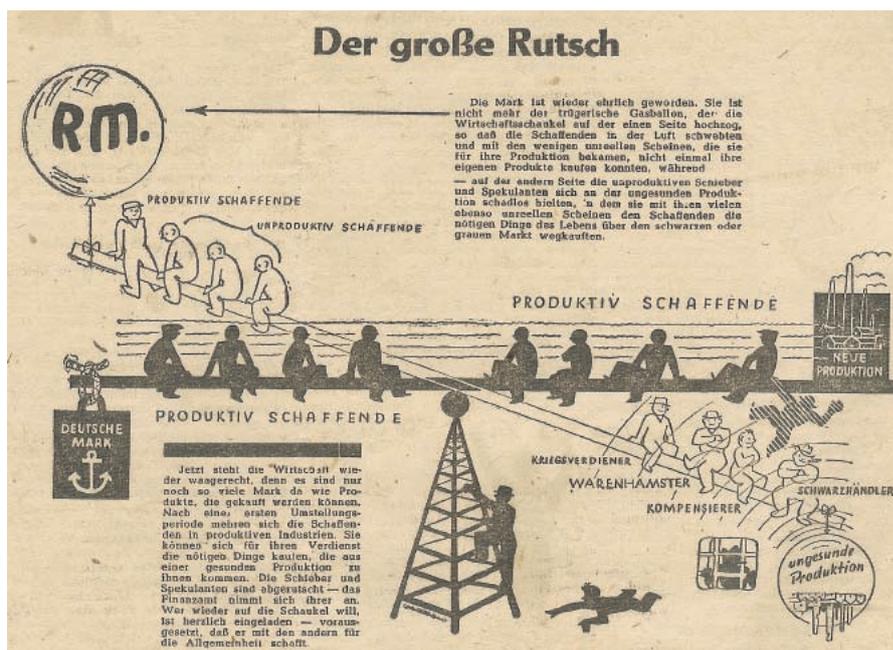
„Der große Rutsch“ aus der von der Bi-partie Finance Group herausgegebenen Zeitschrift „Das Währungs-ABC“, ohne Datum, wahrscheinlich 20. – 25. Juni 1948.  
Vorlage: Kreisarchiv Schwäbisch Hall

gem Niveau. Bezahlt werden musste mit Reichsmark oder Geld der Alliierten, das sie 1945 in Umlauf gesetzt und dadurch die Geldmenge weiter erhöht hatten. Geld wurde auf dem freien Markt noch weniger wert.

Die Probleme einer zurückgestauten Inflation verstärkten sich weiter: Abkehr von der Geldwirtschaft, Tauschhandel, Zigarette als Wertmesser, Schwarzer Markt. Unternehmerisch handeln hieß in diesem System, hochwertige Waren zu horten oder auf dem Schwarzen Markt zu verkaufen und lediglich qualitativ minderwertige Waren zu offiziellen Preisen anzubieten. Die Arbeitnehmer hatten keinen Leistungsanreiz, weil auch bei geringem Verdienst die Einkünfte ausreichten, um die bewirtschafteten Waren zu erstehen. Für Mehrarbeit gab es nahezu wertlose Reichsmark, die zudem noch einer hohen Einkommenssteuer unterlag. Die Folgen waren der Rückgang der Wochenarbeitszeit und eine Senkung der Arbeitsproduktivität auf 60 Prozent des Vorkriegsniveaus. Verstärkt wurden diese Faktoren durch die allgemeine Erwartung einer Währungsreform in ganz Deutschland.

In dieser Situation übernahm im neu gegründeten Land Württemberg-Baden der ehemalige Reichsfinanzminister und Staatspräsident Badens, Dr. Heinrich Köhler (CDU), 1946 das Amt des Finanzministers und stellvertretenden Ministerpräsidenten. 1947 gehörte er dem Wirtschaftsrat der Bizone an und war gewiss einer der bestinformierten Landespolitiker im Vorfeld sowie bei der Durchführung der Währungsreform.

Direkten Einfluss hatte er jedoch nicht, denn es gab keine deutsche Zentralinstanz, die das Geldwesen hätte reformieren können. Dies musste auf oberster Ebene, im Kontrollrat, geschehen. Doch hier hatten sich die Fronten zwischen den westlichen Alliierten und der Sowjetunion wegen politischer Spannungen



verhärtet. Mit dazu beigetragen hat wohl auch die Rede von US-Außenminister James F. Byrnes am 7. September 1946 in Stuttgart, bei der er einen teilweisen Alleingang der Amerikaner und Briten in wirtschaftlichen Fragen angedeutet hatte. Wenige Wochen später wirkten sich diese Dissonanzen bei den Beratungen über eine gemeinsame Währungsreform im Finanzdirektorat des Kontrollrats aus. Die Sowjets wollten, dass bei einer gesamtdeutschen Währungsreform die neuen Banknoten nicht zentral gedruckt werden, sondern ein gewisser Anteil auch in ihrer Zone. Dies lehnte der Westen ab. Man befürchtete, dass die Sowjets eigenmächtig Banknoten in Umlauf setzen würden, um ihre Besatzungskosten zu decken. Auch hätten sie wegen der verstärkten Sozialisierung kein Interesse an einer erfolgreichen Währungsreform. Beide Seiten gingen Anfang 1947 getrennte Wege: Ende Oktober vergaben die USA einen Druckauftrag für DM-Banknoten der Westzonen. In der Sowjetischen Besatzungszone wählte man eine preisgünstigere Variante. Es wurden Kupons gedruckt, die bei einer Reform rasch auf die alten Reichsmarkscheine geklebt werden konnten.

Mit der Frage, wie eine Währungsreform durchgeführt werden sollte, befasste sich eine Vielzahl von Wissenschaftlern. Im Kern setzte sich der Colm-Dodge-Goldsmith-Plan durch, der

bereits 1946 den Alliierten als Verhandlungsgrundlage gedient hatte. Er sah einen sehr starken Geldmengenschnitt in Höhe von 10 : 1 vor. Schließlich hatte sich die Geldmenge in Deutschland in den vergangenen Jahren ebenfalls etwa verzehnfacht. Parallel zu den alliierten Wissenschaftlern sollten sich auch deutsche Experten äußern können. Zu diesem Zweck bildete der Wirtschaftsrat der Bizone eine *Sonderstelle Geld und Kredit*, die einen eigenen *Homburger Plan* ausarbeitete, der sich in seiner Grundausrichtung mit dem Entwurf der westlichen Alliierten deckte (Kopfquote und Geldmengenreduktion), jedoch einen gemäßigeren Schnitt bei den Bankguthaben und parallel mit der Reform einen Lastenausgleich vorsah. Bekanntestes Mitglied war der Vorsitzende Ludwig Erhardt (CDU), der spätere Wirtschaftsminister und Bundeskanzler.

Zur organisatorischen Abwicklung wurde eine neue Zentralbank gegründet, die *Bank deutscher Länder*, die sich wiederum in Landeszentralbanken gliederte. Obwohl die neuen DM-Banknoten bereits in Frankfurt am Main lagerten, liefen noch Verhandlungen mit den Sowjets über eine gemeinsame Währungsreform. Es hat aber den Anschein, dass es auf beiden Seiten Scheinverhandlungen waren, um dem jeweils anderen in der Öffentlichkeit die Verantwortung für unpopuläre Entwicklungen zu geben.

Im Frühjahr 1948 verdichteten sich in der Presse Meldungen über die bevorstehende Währungsreform. Spätestens die Etatrede von Finanzminister Köhler am 21. April verschaffte Klarheit. Er führte aus: *Ob die Reform kommt? Diese Frage ist beantwortet, denn sie muss kommen. Wann sie kommt? Hier glaube ich, ohne Prophet zu sein, sagen zu dürfen: Spätestens vor der kommenden Ernte. Denn ohne ein gutes Geld würde einfach kein Bauer mehr seine Ernteerträge abgeben.*

Fast zeitgleich mit Köhlers Rede in Stuttgart trafen sich Mitglieder der *Sonderstelle Geld und Kredit* mit alliierten Experten zum *Konklave von Rothwesten* bei Kassel. Völlig abgeschottet von der Außenwelt entwarfen sie bis Anfang Juni die erforderlichen Gesetze, Durchführungsverordnungen und Merkblätter. Die entscheidenden Grundzüge bestimmten die westlichen Alliierten. Sie ließen sich auch nicht durch das Schreiben der westlichen Ministerpräsidenten an Lucius D. Clay vom 28. Mai davon abhalten. Dabei betonte die deutsche Seite nochmals die Umsetzung des *Homburger Plans*. Ferner forderte sie in Zukunft volle Handlungsfähigkeit, eine Sicherung der öffentlichen Haushalte sowie eine Reduktion der Besatzungskosten. Zudem dürfe der Stichtag für die Einführung frühestens in drei Wochen sein, also am Sonntag, dem 20. Juni.

Damit hatte die letzte Phase der Währungsreform begonnen, die administrative Durchführung. Dabei fanden die deutschen Vorstellungen deutlicher Gehör, weil eine Währungsreform ohne Unterstützung der deutschen Verwaltung nur schwer umzusetzen gewesen wäre. Am 29. Mai unterrichtete die Verwaltungsbehörde für Ernährung in einem vertraulichen Schreiben die zuständigen Länderministerien, dass die Ernährungsämter für die Ausbezahlung des Kopfgelds zuständig seien. Das Geld solle an den Ausgabestellen der Lebensmittelkarten erfolgen. So könnten leicht Doppelauszahlungen vermieden werden. Am 7. Juni informierte die Landesregierung in Stuttgart die Landräte und Oberbürgermeister in einem vertraulichen Schreiben, dass sie für die Ausbezahlung, die Sicherung des Bezugs, des Transports und den Empfang des Geldes zu sorgen hätten. Der konkrete Tag werde dann in einer Rundfunkansprache mitgeteilt. Finanzminister Köhler lud diesen Perso-

nenkreis für den 11. Juni 1948 zu einem Vortrag über weitere Einzelheiten der Durchführung ein. Dabei appellierte er an die Eigenverantwortlichkeit, mahnte aber, keinerlei kritische Stellungnahmen abzugeben. Ferner führte er aus: *Zunächst wird es kein Hartgeld geben [...] Das neue Geld ist da. Es wurde in Amerika gedruckt. Die Formulare stammen aus England. Das Geld sei nicht besonders schön, genüge aber für uns.* Jetzt konnten auch die Bürgermeisterämter über die durchzuführenden Maßnahmen in Kenntnis gesetzt werden. Köhler ging nun daran, seine Rundfunkrede für den Tag X vorzubereiten. Im Redeentwurf vom 14. Juni decken sich die Inhalte weitgehend mit der Ansprache im Radio, Köhler verschärfte jedoch den Bezug zwischen der Währungsreform und dem Hitler-Regime. Wie aus seiner Notiz vom 16. Juni mit dem Vermerk *Geheim* hervorgeht, wurde er endgültig über den Stichtag in Kenntnis gesetzt. Am 18. Juni erfuhren die unteren Verwaltungsbehörden per Fernschreiben von dem Gesetz, das die Militärregierungen der Westzonen verkündet hatten. Am Abend richtete Ludwig Erhardt eine Ansprache an die Bevölkerung und warb um Vertrauen.

Am Samstag, dem 19. Juni, titelten alle Zeitungen mit der Währungsumstellung. Viele Blätter veröffentlichten das gesamte Gesetzeswerk im Wortlaut. Plakate informierten über die Ausbezahlung des Kopfgelds. Zeitungsberichten zufolge war das wirtschaftliche Leben schon Tage zuvor, in Erwartung der Währungsreform, vielfach zum Erliegen gelangt. Nicht wenige Unternehmen blieben geschlossen, weil sie nicht bereit waren, ihre Produkte gegen nahezu wertloses Geld zu tauschen. Ein Großhändler berichtete, dass er sonst einen *Haufen Geld* erhalten würde, der *später futsch* sei. Auch der Umtauschkurs hatte sich unter Schwarzhändlern im Vorfeld schon herumgesprochen. Am selben Tag richtete sich Finanzminister Köhler an die Öffentlichkeit. Dabei sprach er über die Ursachen und die Notwendigkeit der Reform, aber auch über die zu erwartenden Probleme. Er gab der Bevölkerung aber auch Hoffnung und Zuversicht. Im Originalton der staatsmännisch, sachlich und ruhig gehaltenen Rede wird deutlicher als im geschriebenen Text, dass ihn neben den wirtschaftlichen Fragestellungen auch die sozialen Folgen bewegten.



*Eine Deutsche Mark, gedruckt in den USA, erstmals ausgegeben am 20. Juni 1948. Vorlage: Otto Windmüller, Schwäbisch Hall*

Am 20. Juni gingen die meisten Menschen mit gemischten Gefühlen zur Umtauschaktion. Jeder Bürger erhielt für 60 Reichsmark zunächst 40 Deutsche Mark Kopfquote, dann am 6. September weitere 20 Deutsche Mark. Es genügte, wenn sich ein Familienmitglied zu den Ausgabestellen begab, sich auswies und die Kopfquote für alle Angehörigen in Empfang nahm. Das übrige Geld wurde mit 10 : 1 abgewertet, ebenso die Briefmarken. So kam es, dass ein Brief, dessen Porto künftig 24 Pfennige kostete, mit 240 Reichspfennigen frankiert werden konnte. Rechnungen, die in Reichsmark ausgestellt waren, bewertete man im selben Verhältnis. Sie mussten mit  $\frac{1}{10}$  des Reichsmark-Betrags in DM beglichen werden. Für Bankguthaben legte man letztlich nur eine Quote von 100 : 6,5 fest. Regelmäßig wiederkehrende Zahlungen wie Löhne, Mieten oder Renten wurden 1 : 1 umgestellt. Das Gesetzeswerk mit seinen Ausführungsbestimmungen betraf alle Bereiche des Lebens: Versicherungen, Renten, Pensionen, Bilanzen, Pfandbriefe, Bausparverträge, Streitwerte vor Gericht und so weiter. Generell bevorzugte die Reform alle Sachwertbesitzer. Dies überrascht nicht, weil mit der Reform nicht die Substanz, sondern die Geldmenge verringert werden sollte. Sparer verloren, nach 1923 zum zweiten Mal innerhalb von 25 Jahren, einen Großteil ihres Vermögens. Im Vorfeld der Reform hegten nicht wenige die Befürchtungen, dass es bei einem derartig dramatischen Währungsschnitt zu einer Deflation kommen müsste. Welche Wirkungen die Reform tatsächlich haben würde, mussten die kommenden Tage und Wochen zeigen.

Am 21. Juni war die DM alleiniges gesetzliches Zahlungsmittel und die Wäh-

nung *entnazifiziert*. Unternehmungen und Privatpersonen schenkten dem Geld Vertrauen. In seiner zweiten Radioansprache vom 28. Juni stellte Köhler resümierend für die ersten Tage fest: [...] *Die Bewährungsprobe ist bestanden. Wie erwartet, kamen die Waren, die bis dahin zu einem kleinen Teil als unverkäufliche Schaustücke die Schaufenster zierten, zum weitaus größeren Teil aber in Lagerräumen aller Art in Stadt und Land versteckt gehalten waren, plötzlich heraus zum Verkauf; ihre Besitzer benötigten Geld.* Damit gehörten die nachteiligen Wirkungen der zurückgestauten Inflation, die ihre Wurzeln im Preisstopp von 1936 hatte, der Vergangenheit an. In der Zwischenzeit war auch eine Steuerreform in Kraft getreten, die die Einkommensteuer, Vermögens- und Erbschaftssteuer deutlich reduzierte.

Im Juli traten die Probleme des knappen Geldes offen zutage. Nicht wenige Unternehmen gerieten wegen ausstehender Forderungen und der monatlich fälligen Steuerzahlungen in Liquiditätsengpässe. Die Öffentliche Hand konnte teilweise wegen ausstehender Steuern ihren Aufgaben nur unzureichend nachkommen. Dies traf vor allem die Unterbringung der Neubürger. Aber auch notwendige Investitionen mussten teilweise aufgeschoben werden. Besonders hart betroffen waren Alte, Gebrechliche und Witwen. Sie hatten nicht nur ihre Ersparnisse verloren, sondern erhielten auch real eine geringere Unterstützung. Verstärkt wurde der Effekt durch die deutlich gestiegenen Preise vor allem für Lebensmittel. In einer nicht für die Öffentlichkeit bestimmten Statistik des Badischen Landesamts ging man von einer Vervierfachung des Eierpreises aus. Milch war bis zum Herbst um ein Viertel, Bekleidung und Schuhe um 30 Prozent teurer geworden. Diejenigen, die ein Gewerbe betrieben oder Arbeit hatten, waren nicht derart hart betroffen. Sie profitierten vielmehr von dem deutlichen Produktionsanstieg in vielen Teilen der Wirtschaft (vor allem Metallindustrie, Mineralölwirtschaft und Maschinenbau). Höheres Einkommen verschaffte auch die längere Arbeitszeit, die auf 48 Wochenstunden im Herbst angestiegen war. Positiv auf die Wirtschaft hatte sich nicht nur die Einführung der neuen Währung ausgewirkt, sondern auch die Lockerung der Bewirtschaftungsvorschriften und die Aufhebung

vieler Preisstopps. Gepaart mit der Steuerreform setzte dies Marktkräfte frei, die zu einem selbst tragenden wirtschaftlichen Aufschwung führten. Kern des Erfolgs waren aber der Fleiß und die schöpferische Kraft der Menschen.

In den folgenden Jahren gab die deutsche Wirtschaft auch Westeuropa Wachstumsimpulse. Die Deutsche Mark wurde zu einer starken Währung. Für deren Stabilität sorgte zunächst die *Bank deutscher Länder*, ab 1957 die Deutsche Bundesbank. Die starke DM und die unabhängige Bundesbank waren Vorbilder für den Euro und die Europäische Zentralbank.



*Dr. Heinrich Franz Köhler (\* 29. September 1878 in Karlsruhe, † 6. Februar 1949 in Karlsruhe), 1920–1927 Finanzminister, 1923/24 und 1926/27 Staatspräsident von Baden, 1927/28 Reichsminister der Finanzen, 1928–1932 Reichstagsabgeordneter, 1945–1949 Stellvertretender Ministerpräsident, 1946 Wirtschaftsminister, 1946–1949 Finanzminister von Württemberg-Baden.*

*Vorlage: Landesarchiv GLAK N Köhler Nr. 3*

## Verwendung im Unterricht

Die Währungsreform mit der Einführung der DM nimmt im Unterricht eine Schnittstelle ein. Einerseits ist sie Ergebnis der nationalsozialistischen Wirtschaftspolitik, andererseits benötigt man

Kenntnisse über DM und Bundesbank, um das gegenwärtige System der Europäischen Zentralbank (EZB) und des Euro richtig zu verstehen. Schon daraus ergeben sich viele Einsatzmöglichkeiten. Zudem interessiert das Thema Geld die Schüler grundsätzlich.

Im Fach *Geschichte* sehen die Mehrzahl der Bildungspläne die Behandlung der Nachkriegszeit vor. Als Einstieg für das Thema Währungsreform könnte ein Ausschnitt der Rede Köhlers Verwendung finden. Dabei erarbeiten die Schüler die wesentlichen Inhalte. Es wäre auch möglich, das Schaubild interpretieren zu lassen. Damit könnten Ursachen und Ziele der Reform zeitsparend vermittelt werden.

Im Fach *Gemeinschaftskunde* nimmt der Euro und die Struktur der EZB im Bereich *Europäische Einigung* eine herausragende Stellung ein. Zum Verständnis sollten die Schüler Kenntnisse über die Währungsgeschichte besitzen.

Besonders geeignet ist die gesamte Rede Köhlers, wenn der Lehrer sowohl das Fach *Deutsch*, als auch *Geschichte* unterrichtet. Für *Deutsch* wären Aspekte wie der Aufbau der Rede, der sprachliche Stil und die Betonungen von Bedeutung (die im Manuskript von Köhler unterstrichenen Begriffe und Passagen betonte er bei seiner Ansprache). Für *Geschichte* könnten die Ursachen der Währungsreform, ihre Durchführung, aber auch ihre Folgen von den Schülern erarbeitet werden. Ebenso wäre es möglich, die Ziele herausarbeiten zu lassen, die mit der Rede verfolgt wurden. Interessant ist in diesem Zusammenhang, dass Köhler die gesamte Verantwortung für den ungewissen Erfolg in die Hände der Alliierten legte. Hingegen betonte er in seiner Ansprache am Heiligen Abend 1948, dass *die beiden Geschenke, die die deutschen Staatsmänner und Politiker für den Gabentisch ihres Volkes 1948 hätten, eine feste Währung und der Entwurf eines Grundgesetzes* seien.

Im fächerübergreifenden Unterricht von *Volkswirtschaftslehre* und *Geschichte* kann die Währungsreform als Beispiel für die Folgen einer expansiven Geldpolitik sowie für die Überwindung einer zurückgestauten Inflation herangezogen werden.

In nahezu allen Schularten könnte man sich bei Projekttagen oder im Projektunterricht eine ganze Einheit zu Geld und Geldgeschichte vorstellen.

Rede des Stellv. Ministerpräsidenten Finanzminister Dr. Köhler  
am 19. Juni 1948 am Radio Stuttgart.

Die Würfel sind gefallen: Am Abend des 18. Juni sammelten sich die Menschen der vier Zonen der Besatzungsgebiete am Rundfunk, um die schicksalhafte Verkündung des 1. Gesetzes der Währungsgelehrten über die Währungsreform entgegenzunehmen. In sich gekehrt standen die Tausende zu den Lautsprechern, des Ernstes der Stunde bewusst. Das Rätselfragen langer Wochen wurde gelöst. Was die Neummünzungen bis in die letzten Stunden hinein nicht wahrhaben wollten, ist geschehen: Die Währungsreform ist da. Die 3 westlichen Alliierten haben es unternommen, die deutsche Geldwirtschaft und damit das deutsche Leben selbst und ohne Mitwirkung der Deutschen neu zu ordnen. Sie haben ihrerseits hierfür die volle Verantwortung übernommen. Was als Gesetz verkündet wurde hat kein deutsches Kabinett beraten, kein deutsches Parlament genehmigt und kein deutscher Minister entworfen. Aber die Kabinette, die Landtage und alle Deutschen der 3 Zonen haben heute die Pflicht, Stellung zu nehmen zu diesem gewaltigen Reformwerk.

Zuvörderst steht die Feststellung, dass jeder Einzelne durchdrungen ist von der absoluten Notwendigkeit der Neuordnung. Ohne eine Regelung der Geldwirtschaft wäre unser eigener Wiederaufbau - schon viel zu lange hingehalten - ebenso wenig möglich, wie der Zugang zu den Kraftfeldern, die der Marschallplan erschließen will, noch lange abgesperrt und verschlossen geblieben. Die überaus schwere Operation war unumgänglich, wenn wir, die Patienten, überhaupt am Leben bleiben sollen und wollen. Deshalb verdient der entscheidende Entschluss der Alliierten, jetzt endlich die schon längst notwendige Maßnahme durchzuführen, unsere Anerkennung. Auf's tiefste zu bedauern ist dabei, dass die östliche Zone nicht in das Reformwerk eingeschlossen werden konnte. Die 3 westlichen Alliierten haben keine Zeit und Mühe geschenkt, um ihren östlichen Partner zu veranlassen, die politische Einheit des deutschen Landes durch eine Währungseinheit vorzubereiten. Die Trennung einer Wirtschaft, die viele Jahrhunderte lang eng und sinnvoll verflochten war, reizt Wunden auf, deren Heilmittel noch niemand kennt. Es ist ein natürliches Unglück, dessen Größe überhaupt noch nicht zu überschätzen ist. Es bleibt nur die Hoffnung, dass Einsicht und Vernunft eines Tages über einen Standpunkt siegen werden, den wir zwar

anhören, aber nicht verstehen können.

Die Reichsmark hat aufgehört zu existieren. 25 Jahre lang war sie der unüßliche Gradmesser des deutschen Lebens. An ihre Stelle tritt die Deutsche Mark. Dieser Notenumtausch ist kein rein bankrässiger Vorgang. Die Deutsche Mark muss einen anderen Weg gehen, wie die verbliebene Reichsmark im gegangenen ist; deshalb bitte ich in der Stunde ihres Eintritts in das politische Geschehen um Vertrauen für dieses neue Geld, das ein Wechsel auf eine bessere Zukunft sein soll im Sinne derer, die dieses Geld schufen und derer, die es annehmen. Ich werte es als ein Zeichen der optimistischen Einstellung der Alliierten gegenüber der Entwicklung unseres Volkes, dass eine Kopfgnote in Höhe von 60.- Mark bewilligt worden ist. Diese Zahl übertrifft die Vermutungen aller derer, die sich um die Lösung der Dinge mitbewußten.

Die volle Tragweite des Gesetzwerkes läßt sich heute noch nicht überschauen. Selbst die Frage, ob dieses Gesetz allein der Gesundung des Geldes diene, oder ob - den Menschen in den Mittelpunkt des Geschehens stellend - es die Wiederekehr der öffentlichen Wohlfahrt eröffnet, läßt sich noch kaum beantworten. Wir nehmen an, dass es dem Gelde gibt, was des Geldes ist, wir hoffen aber zuversichtlich, dass es auch dem Menschen geben wird, was des Menschen ist. Von der sozialen Gestaltung und Auswirkung des ganzen Gesetzwerkes hängt es ab, ob es nur allein die Ordnung oder Menschen ersieht Sagen bringen wird. Das Gesetz, das die 3 Besatzungsmächte geben, zeigt, dass wir als Volk noch vor der Bewährung stehen. Mit den Veröffentlichungen vom 18. Juni haben wir erst das Vorfeld der Reform betreten. Noch kennen wir den endgültigen und ganzen Preis nicht, den wir für die Neuordnung bezahlen müssen; die Mitteilungen hierüber sind späteren Publikationen vorbehalten. Eines aber steht heute schon fest: Wir werden helfen und wieder helfen müssen, um allen, die hart betroffen werden, ein menschenwürdiges Dasein zu erhalten. Die Zeit der Phantasie und der Projekte ist vorbei. An die Stelle auch von liebenswerten Plänen und kühnen Entwürfen wird mehr, als vielen lieb, das Hartbuch des sparsamen Hausvaters treten müssen. Die Reform trifft nicht allein den Bürger. Der Staat, die Gesamtheit der Bürger, wird sie ebenso zu fühlen bekommen. Es sind keine märchenhaften Sternentaler, die uns mühelos in den Schoß fallen; jede neue Mark setzt sich aus hundert Pfennigen

zusammen, die erarbeitet werden müssen. Das deutsche Volk hat immer wieder in seiner Geschichte bewiesen, dass es arbeiten kann, wenn es Arbeit hat. Schien es in den letzten 3 Jahren oft, als ob es töricht sei, sich abzumühen für schlechtes Geld, so bringt jetzt die Reform die Belohnung. Wer bisher redlich schaffte, hat in den meisten Fällen seinen Arbeitsplatz; derjenige aber, der glaubte, durch heimlichen Tausch und allerlei Handel im Zwielicht sein Leben bestreiten zu können, wird jetzt ersehen, dass er den falschen Weg gegangen ist. Er wird jetzt persönlich anstehen müssen, um ehrliche Arbeit zu finden. Die moralische Wertung der Reform wird nicht ausbleiben, sobald alle einsehen, dass das neue Geld eben nicht erschoben werden kann, sondern geradezu täglich erworben werden muss. Die Deutsche Mark wird sich im besten Sinne als eine Arbeitsprämie auswirken, als sicheres Akkreditiv für den Wiederaufbau.

Zwei Probleme allerdings harren noch dringend der Lösung: die Steuerreform und der Lastenausgleich. Sie beide werden erst die Wirksamkeit und Fruchtbarkeit des neuen Geldes ermöglichen. Deshalb sind alle Finanzminister der 3 Zonen bis zuletzt immer wieder vorstellig geworden, um zu erreichen, dass mit der Währungsreform zusammen die jetzigen so außerordentlich überhöhten Steuern von den Schultern des schaffenden Volkes genommen werden, die Wfg hindern, die Arme und Hände zu rühren im Dienste der Wiederaufbauarbeit. Ohne erträgliche Steuern löst sich der Starrkrampf der deutschen Wirtschaft nicht. Ich gebe die Hoffnung auch heute noch nicht auf, dass diese Reform Gegenstand der nächsten Veröffentlichungen der Militärregierungen sein wird; denn ohne sie wäre ein Aufstieg überhaupt nicht möglich.

Der Lastenausgleich soll in einer Halbjahresfrist von den deutschen Stellen selbst vorgenommen werden. Wir hätten es sehr begrüßt, wenn die unumgängliche Heranziehung des Sachwertbesitzes sofort mit dem Reformwerk verklammert worden wäre, damit keine Frist des Haders und des Zweifels uns vom Endziel getrennt hätte. Die Vorbereitung durch die deutschen Stellen ist leider bisher nicht möglich gewesen, da wir die Reform selbst in ihren Grundzügen nicht kannten. Die Arbeit muss sofort aufgenommen werden, schon um den Flüchtlingen wie den Kriegsgeschädigten aller Art wieder das Gefühl gleicher Behandlung zu geben.

Diese Währungsreform braucht, um wirksam zu sein, ein Wirken in wesentlich freieren Raum, als er bisher bemessen war. Arbeiter

und Unternehmer benötigen gemeinsam die Erleichterung von der Steuerlast, die ihre Initiative hemmt, oder gar unmöglich macht. Wer aber schafft, dem darf das tägliche Brot nicht fehlen. Wir erwarten deshalb einen Zustrom von Lebensmitteln und Versorgungsgütern nicht nur aus den bisher nicht angreifbaren Ländern in Landwirtschaft und Industrie, sondern auch aus dem Ausland, die den schaffenden Menschen die Freude an der Arbeit geben und erhalten. Um die Pläne ausführen zu können, für die Kopf und Hand sich einsetzen sollen, bedarf es weiter auch langfristiger Kredite. Diese Zutate zur Reform sind notwendig, wenn diese Reform nicht ein monetärer Torso bleiben soll, der, wohl kling erdaucht, des warmen Odeums des wirklichen Lebens aber entbehrt. Weil wir an die Reform glauben, erwarten wir auch die Erfüllung dieser dringlichen Wünsche. Denn vom Gelingen der Währungsreform hängt nicht nur das Schicksal der 3 Zonen, die sie verfügten, ab; wenn dieses west- und süddeutsche Land nicht zu neuem Leben kommt, stirbt an den Giften seiner Verwesung ganz Europa ab.

Wenn Sie am morgigen Sonntag zum Umtausch des Geldes zu den Kartenstellen gehen, dann denken Sie doch bitte auch darüber nach, was dieser Gang bedeutet: Es ist die letzte Station des Passionsweges, den ein Adolf Hitler das deutsche Volk geführt hat. Die Währungsreform ist die Schlussbilanz dessen, was im Nebenzimmer des Sternckbräus in München begann und in der bedingungslosen Kapitulation unseres Volkes in Reims besiegelt wurde. Jeder von uns, ob schuldig oder unschuldig, muss morgen den Wechsel einlösen, den das Dritte Reich ausgestellt hat.

Wir wünschen aber auch, dass diese Bilanz einen Schlussstrich ziehen möge unter die deutsche Tragödie. In dem Augenblick, in dem wir nicht nur gleich vor dem Gesetz, sondern auch gleich vor dem Gelde uns sammeln zum wirklichen Wiederaufbau, schlägt auch die Stunde einer neuen deutschen Solidarität. Gewiss, wer arbeitet, wird leben. Aber es wird Hunderttausende geben, denen es durch Alter, Krankheit oder Einwirkungen des Krieges versagt ist, Hand anzulegen am werktäglichen Streben. Im Augenblick des neuen Anfangs versichere ich diese aus dem Arbeitsprozess schuldlös Ausgeschiedenen unserer ganz besonderen Fürsorge. Menschenrecht und Christenpflicht verlangen gleichermaßen, dass Gerade sie nicht die Opfer der allgemeinen Genesung werden. Was von Seiten des Staates hierzu beizutragen ist, das wird, diese Versicherung darf ich hier abgeben, in vollstem Umfange geschehen.

Es war nicht nur Angenehmes, was ich Ihnen in dieser meiner ersten Kurzsprache zum Reformwerk sagen konnte. Ich nehme an, dass Sie das von einem Mann erwartet haben, der viele Jahre hindurch die Finanzen seiner engeren Heimat und des Reiches in guten und in bösen Tagen betraute. Aber mit der ganzen Autorität meiner Lebenserfahrung möchte ich Sie in dieser Stunde aufrufen zum Glauben an die Deutsche Mark. Wenn wir diese Währungsreform ehrlich bejahen, haben wir bereits Teil an ihren ersten Früchten. Seien wir uns aber klar: diese Reform, die jetzt eingeleitet ist, bedeutet keine Generalprobe; sie ist das Stück selbst, in dem wir endgültig mitwirken müssen, ob es uns besonders gefällt, oder ob es etwas weniger nach unserem Geschmack ist. Wer auf eine zweite Reform spekuliert, verspekuliert sich selbst und - was schlimmer ist - sein Vaterland. Wir wollen sie in ihrer vollen Schwere hinnehmen als Prüfung und Bewährung. Aus dieser Einstellung heraus habe ich Ihnen die Lichtseiten des Reformwerks aufgezeigt und seine Schattenseiten nicht verschwiegen. Beide, ehrlich abgewogen, berechtigten - Vielen zum Trotz - zu der Anforderung als Gebot der Stunde: Pünktet Euch nicht, wer arbeitet, wird leben!

1-5 | Redemanuskript von Finanzminister Dr. Heinrich Köhler für seine Rundfunkansprache zur Währungsreform in Radio Stuttgart am 19. Juni 1948.  
Vorlage: Landesarchiv GLAK N Köhler Nr. 44 Bl. 130-134

## Literatur

MICHAEL BRACKMANN: Vom totalen Krieg zum Wirtschaftswunder. Die Vorgeschichte der westdeutschen Währungsreform 1948. Essen 1993.

CHRISTOPH BUCHHEIM: Die Errichtung der Bank deutscher Länder und die Währungsreform in Westdeutschland. In: Fünfzig Jahre Deutsche Mark. Notenbank und Währung in Deutschland seit 1948. Herausgegeben von der Deutschen Bundesbank. München 1998. S. 91-138.

ECKARD WANDEL: Die Entstehung der Bank deutscher Länder und die deutsche Währungsreform 1948. Die Rekonstruktion des westdeutschen Geld- und Währungssystems 1945 bis 1949 unter Berücksichtigung der amerikanischen Besatzungspolitik. Frankfurt am Main 1980.

ARNE WEICK: Homburger Plan und Währungsreform. Kritische Analyse des Währungsreformplans der Sonderstelle Geld und Kredit und seiner Bedeutung für die deutsche Währungsreform von 1948 (Studien zur Wirtschafts- und Sozialgeschichte Band 17). St. Katharinen 1998.

Zur Vorgeschichte der Deutschen Mark. Die Währungsreformpläne 1945-1948. Herausgegeben von HANS MÖLLER. Tübingen 1961.

Weitere Informationen ab Herbst 2008 im Internet unter [www.landeskunde-bw.de](http://www.landeskunde-bw.de).